

Sitz / Verbreitung	Pro NRW: Düsseldorf Pro Köln: Köln
Gründung / Bestehen seit	Pro Köln e.V.: 1996; die Partei Pro NRW: 2007
Struktur / Repräsentanz	Vorsitzender von Pro NRW ist seit Gründung Markus Beisicht; Gliederung in acht Bezirksverbände mit 53 angeschlossenen Kreisverbänden; in weniger als 15 Kommunen funktionsfähige Kreisverbände; regionaler Schwerpunkt in der Rheinschiene und dem Ruhrgebiet Wechsel des Vorsitzes von Pro Köln in 2014 von Markus Beisicht zu Michael Gabel; trotz organisatorischer Eigenständigkeit des Vereins faktisch herausgehobener Kreisverband mit identischer Programmatik; 65 Mandate in Räten und Bezirksvertretungen gewonnen, inzwischen nur noch 64 Mandate
Mitglieder / Anhänger /	Insgesamt circa 950 Mitglieder 
Unterstützer 2014	
Veröffentlichungen	Publikationen: PRO NRW – Informationen der Bürgerbewegung pro NRW , PRO KÖLN – Informationen der Fraktion pro Köln im Rat der Stadt Köln und anlassbezogene Flug- und Faltblätter Web-Angebote: pro-koeln.org (Pro Köln), pro-nrw.net (Pro NRW) und Facebook-Profile
Kurzportrait / Ziele	Bereits 1996 gegründet, erzielte Pro Köln erstmals bei der Kommunalwahl 2004 Mandate im Rat der Stadt Köln und ist bis heute dort vertreten. Bei Pro NRW handelt es sich um den Versuch einer landesweiten Ausdehnung dieser zunächst lokalen Struktur mit den gleichen inhaltlichen Ansätzen, gleichgelagerter Strategie und zum Teil identischem Führungspersonal. Beide Gruppierungen entstanden im Wesentlichen auf Betreiben ehemaliger Funktionäre und Mitglieder der ebenfalls dem rechtsextremistischen Spektrum zuzurechnenden »Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH)«

sowie der Partei Die Republikaner (REP), die bis 2007 vom Verfassungsschutz beobachtet wurde.

Inhaltlich zeichnen sich **Pro NRW** und **Pro Köln** durch eine fremdenfeindliche Politik aus, die sich vor allem gegen Muslime, Asylbewerber sowie Sinti und Roma richtet.

Finanzierung

Mitgliedsbeiträge und Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Der Vorsitzende von **Pro NRW**, ein Teil des Vorstandes und Teile der Mitglieder kommen aus rechtsextremistischen Parteien oder Organisationen. **Pro NRW** und **Pro Köln** missachten mit ihren Aussagen und Forderungen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot. Minderheiten werden wegen ihrer Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit oder Religionszugehörigkeit pauschal herabgesetzt und diffamiert. Im Fokus stehen fast ausschließlich Muslime, Asylbewerber sowie Sinti und Roma. Die Angehörigen dieser Gruppen werden als unerwünschte, nicht integrierbare Menschen zweiter Klasse dargestellt. Mit dieser Art der Darstellung schüren **Pro NRW** und **Pro Köln** Ablehnung und versuchen diffuse Ängste in Teilen der Bevölkerung aufzugreifen und zu instrumentalisieren. Mit herabwürdigenden Stereotypen zeichnen die Organisationen ein Bedrohungsszenario, für das sie einseitig die genannten Bevölkerungsgruppen verantwortlich machen. Wortwahl und Argumentationsmuster lassen ein Menschenbild deutlich werden, das mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist.

Den inhaltlichen Schwerpunkt von **Pro NRW** und **Pro Köln** bildet die Fremdenfeindlichkeit. Sie stellen bestimmte Minderheiten als fremd und nicht integrierbar dar. Begründet wird dies mit pauschalen negativen Zuschreibungen, die genutzt werden, um Vorurteile zu schüren, Konflikte zu dramatisieren und diese Gruppen als Sündenbock für komplexe gesellschaftliche Probleme zu stigmatisieren. Demgegenüber wird die Mehrheitsgesellschaft als ausschließlich positiv skizziert. Damit konstruieren sie einen Freund-Feind-Gegensatz, mit dem sie Ausgrenzung alles vermeintlich Fremden legitimieren. Dies beinhaltet auch, den Angehörigen vorgeblicher fremder Gruppen ihre Menschenrechte abzusprechen. So äußerte sich der Parteivorsitzende Markus Beisicht am 10. Februar 2014 folgendermaßen: „*Wir werden derzeit ja regelrecht überflutet von Scheinasiyalanten und Armutsmigranten, die zum Dank auch noch häufig unsere einheimischen Wert- und Rechtsvorstellungen ablehnen und bekämpfen*“.



Eine besondere Form der Fremdenfeindlichkeit stellt die Islamfeindlichkeit dar. So ist der Schwerpunkt der Kampagnen von **Pro NRW** und **Pro Köln** strategisch darauf angelegt, Vorurteile über Muslime zu verbreiten, um Ängste zu wecken oder zu verstärken. Dabei wird bewusst nicht zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als extremistischer Strömung unterschieden und somit Muslime pauschal als potenzielle Kriminelle und Terroristen verunglimpt und eine Bevölkerungsgruppe als Bedrohung stigmatisiert. So verbreitet **Pro NRW** auf seinem Facebook-Profil am 8. Januar 2015 nach dem Anschlag auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“: „*Sowohl bei der Landtagswahl 2012 als auch bei den Kommunalwahlen 2014 in NRW haben wir bereits auf die Gefahren des Islam aufmerksam gemacht. Der islamische Anschlag auf die Redaktion von 'Charlie Hebdo' war nicht der erste und wird auch leider nicht der letzte sein. Hass und Tod kommen direkt aus dem Koran und sind untrennbar mit der reinen Lehre des Islam verbunden*“.



Seit 2013 rücken auch andere Minderheiten verstärkt in den Fokus einer diffamierenden Propaganda. Mit dem Anstieg der Asylbewerber in Deutschland begannen **Pro NRW** und **Pro Köln** mit Angstkampagnen vor geplanten Asylbewerberunterkünften. Sie versuchen latente Sorgen und Vorurteile in der Anwohnerschaft zu schüren, indem sie Asylbewerber generell als dreckig und kriminell darstellen.

Weiterhin wird die Gruppe der Sinti und Roma als grundsätzlich kriminell und nicht integrierbar dargestellt. Mittels gezielter Kampagnen und entsprechender Slogans, in denen fortlaufend vermeintlich unrechtmäßige oder ungerechtfertigte Sozialleistungen zu Lasten der Einheimischen thematisiert werden, sollen diffuse Sorgen um den sozialen Abstieg angesprochen und letztlich Angst- und Hassgefühle geschürt werden. Auf einem Bild, das die Pro-Bewegung 2014 mehrfach auf ihren Facebook-Profilen verbreitete, lautet der Slogan: „*Lieber Geld für die Oma statt für Sinti und Roma!*“

In ihrem ursprünglich geplanten Wahlwerbespot zur Europawahl versuchte **Pro NRW** im Sinne ihrer fremdenfeindlichen Ideologie Muslime, Asylbewerber sowie Sinti und Roma in einer herabwürdigenden Art und Weise darzustellen. Die Partei wollte den Eindruck erwecken, dass die Gruppen im Müll leben und potenziell kriminell seien. Nachdem die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten die Ausstrahlung eines Parteiwerbespots von **Pro NRW** verweigert hatten, musste die Partei die entsprechende Filmsequenz nach einer Entscheidung des VG Berlin wegen volksverhetzender Inhalte zurückziehen. In dem Beschluss des Verwaltungsgerichtes Berlin vom 28. Februar 2014 heißt es unter anderem: „*Die Antragstellerin [Pro NRW] greift durch den Werbespot die Menschenwürde der in Deutschland lebenden Ausländer an, insbesondere Asylbewerber, Muslime und Roma. Dieser Teil der Bevölkerung wird von ihr böswillig verächtlich gemacht.*“

[...] Die in dem Wahlwerbespot zum Ausdruck kommende Meinungsäußerung ist weiter auch geeignet den öffentlichen Frieden zu gefährden. Eine solche Eignung liegt vor, wenn die Äußerung die latent vorhandene Gewaltbereitschaft gegenüber Teilen der Bevölkerung vertiefen kann.“

Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen bestätigte 2014 erneut durch seine Beschlüsse vom 20. und 21. Februar 2014 die erstinstanzlichen Entscheidungen des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 28. Mai und 12. April 2013 sowohl in Bezug auf **Pro NRW** als auch in Bezug auf **Pro Köln**. **Pro NRW** und **Pro Köln** werden demnach zu Recht im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen erwähnt, da sich ihre Agitation gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richtet.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Bei der Kommunalwahl 2014 gelang **Pro NRW** beziehungsweise **Pro Köln** der Einzug in 19 Kommunalvertretungen mit insgesamt 65 Mandatsträgern. Obwohl die Partei damit nahezu überall dort, wo sie antrat, Ratsmandate erringen konnte, verringerte sich der Stimmenanteil von 0,6% auf 0,5% der Gesamtstimmen. Damit verfehlte **Pro NRW** erneut deutlich das selbst vorgegebene Ziel einer landesweiten Verankerung im kommunalpolitischen Spektrum.

Der Wahlkampf fokussierte sich neben der islamfeindlichen Kampagne auf die Abwertung und Ausgrenzung von Asylbewerbern sowie Sinti und Roma. Tragendes Element war hierbei die Kundgebungsserie „*Lichterketten gegen Armutszuwanderung, Asylmissbrauch und Überfremdung*“ in 14 Städten.

Fraktionsstärke erreichte **Pro NRW** 2014 lediglich in Bergheim, Duisburg, Gelsenkirchen, Pulheim und Radevormwald. In Wuppertal formierte die dortige Ratsgruppe von **Pro NRW** mit dem Mandatsträger der Partei Die Republikaner eine gemeinsame Fraktion, in Witten scheiterte hingegen eine Fraktionsbildung von **Pro NRW** an internen Querelen der Mandatare von **Pro NRW** selbst.

Ende 2014 zerbrach die Fraktion des mit vier Ratsmandaten erfolgreichsten Kreisverbandes in Duisburg auf Grund interner Konflikte mit dem Landesvorstand. Größter Rückschlag war jedoch der Einbruch von **Pro Köln** von 5,4% der Stimmen in 2009 auf 2,6% unter Verlust des Fraktionsstatus und Reduzierung der Mandatsträger von fünf auf zwei Personen im Stadtrat Köln. **Pro Köln** reagierte darauf mit einem kollektiven Rücktritt des Vorstandes.





Bereits im Juni 2013 kündigte **Pro NRW** ebenfalls eine Kandidatur zur Europawahl an. Das Wahlergebnis mit bundesweit 0,2% blieb deutlich hinter den Erwartungen zurück. Damit dürfte die in der Vergangenheit durch **Pro NRW** reklamierte Meinungshoheit im Rahmen einer Sammlungsbewegung von rechtsextremistischen Parteien auf bundespolitischer Ebene langfristig gescheitert sein.

Pro NRW strebt eine flächendeckende Ausbreitung in Nordrhein-Westfalen an. Tatsächlich ist sie in nur wenigen Kommunen mit aktiven Kreisverbänden vertreten. Auch die Mandatsträger der Pro-Bewegung in den jeweiligen Kommunalparlamenten fallen nur selten damit auf, dass sie auf die Ratsarbeit Einfluss zu nehmen. Die Arbeit in den Kommunalvertretungen verfolgt eher das Ziel, Debatten mit Symbolcharakter zu führen und weniger Sacharbeit vor Ort zu leisten.

Gegen vier Mitglieder der ehemaligen Fraktion von **Pro Köln** im Rat der Stadt wurde vor dem Landgericht Köln Anklage wegen bandenmäßigen Betruges erhoben. Nach Überzeugung der Staatsanwaltschaft sollen die Angeklagten in zahlreichen Fällen über einen mehrjährigen Zeitraum fingierte Abrechnungen für angebliche Fraktions- und Arbeitskreissitzungen eingereicht haben.

Das Landgericht verurteilte den Hauptbeschuldigten, der zu diesem Zeitpunkt noch stellvertretender Parteivorsitzender von **Pro NRW** war, zu zwei Jahren und drei Monaten Haft und einer Geldstrafe. Zwei weitere Angeklagte, darunter der damalige Generalsekretär von **Pro NRW**, erhielten ebenfalls Geldstrafen. Eine Angeklagte wurde freigesprochen.

Im Dezember 2014 erfolgte die Neuwahl des Landesvorstandes von **Pro NRW**. Der Vorsitzende wurde wiedergewählt, trotz Wahlergebnissen, die hinter den eigenen Erwartungen blieben, fehlender inhaltlicher Diskussionen und eines allgemeinen Mitgliederrückganges. Aufgrund des Strafverfahrens und der Wahlniederlage in Köln schieden zahlreiche Kölner Vertreter aus dem Vorstand aus. Nunmehr repräsentiert der aktuelle Vorstand auch den aktionsorientierten Flügel mit Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Gruppierungen. Nach dem Rücktritt des gesamten Vorstandes von **Pro Köln** um den Vorsitzenden Markus Beisicht wurden Personen aus der zweiten Reihe in den neuen Vorstand gewählt.

Aufgrund einer mangelnden Diskussionskultur bei **Pro NRW** führen interne Auseinandersetzungen immer wieder zum Austritt von Aktivisten. Im Herbst 2014 haben beispielsweise drei der vier Mandatsträger im Rat der Stadt Duisburg nach einem Zerwürfnis mit dem Parteivorsitzenden ihren Parteiaustritt erklärt. Vorher beschimpfte und bedrohte der damalige Geschäftsführer von **Pro NRW** den Duisburger Fraktionsvorsitzenden, der kurz danach aus der Partei austrat: „Ich werde

„Dir so die Hölle heiß machen, wie Du es noch nie in deinem Leben erlebt hast. [...] Ich warne dich. Ich mach dich platt.“

Die PEGIDA-Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen stellen sich als überparteilich dar. Gleichwohl waren die Veranstaltungen in Bonn am 15. und 22. Dezember 2014 von einer Beisitzerin im Vorstand von **Pro NRW** organisiert und geleitet. Ferner traten der Generalsekretär und ein weiteres Vorstandsmitglied als Redner bei diesen Veranstaltungen auf und zahlreiche weitere **Pro NRW**-Aktivisten waren als Teilnehmer anwesend. Hier versuchen die Pro-Aktivisten eine breitere Öffentlichkeit für fremdenfeindliche und insbesondere islamfeindliche Themen herzustellen und dabei eine Stigmatisierung als rechtsextremistische Veranstaltung zu vermeiden, um auch ein Publikum anzusprechen, das sich zumindest in Teilen nicht von einer rechtsextremistischen Partei instrumentalisieren möchte.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die in 2014 bei **Pro NRW** und **Pro Köln** zu beobachtenden Entwicklungen sind von Stagnation und Rückschritt geprägt. Der Partei gelingt es weiterhin nicht, auf kommunaler Ebene zu einem relevanten politischen Akteur zu werden und größere Wählerschichten zu erreichen. Zudem verhindert der autokratische Führungsstil des Parteivorsitzenden und des inneren Vorstandszirkels organisationsinterne Diskussionen und schreckt neue Mitglieder ab. Insoweit sind **Pro NRW** und **Pro Köln** weiterhin von einem elitären Führungszyklus und kleinem Aktivistenstamm abhängig. Angesichts des Mangels an personellen Ressourcen beschränken sich **Pro NRW** und **Pro Köln** darauf, über provokante Protestveranstaltungen gelegentlich eine größere lokale Öffentlichkeit herzustellen. Vor allem setzen sie darauf, gesellschaftliche Konflikte fremdenfeindlich zuzuspitzen und mediengerecht zu inszenieren.

Die fehlenden Erfolge bei den Europa- und Kommunalwahlen, der Mangel an Inhalten und Personal sowie die auch 2014 anhaltenden internen, überwiegend persönlichen Konflikte stehen dem Anspruch als Alternative zu den etablierten Parteien deutlich entgegen. Zahlreiche Parteiaustritte und die mangelnde Mobilisierbarkeit der eigenen Anhänger verhindern langfristig den angestrebten Auf- und Ausbau funktionsfähiger Strukturen.

Alle diese Gründe haben dazu beigetragen, dass der langjährige Versuch der Bildung einer Allianz von ideologisch ähnlichen Organisationen auf Bundesebene unter der Führung von **Pro NRW** gescheitert ist. Zudem haben die ehemals guten Kontakte zu anderen fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Parteien in Europa abgenommen. Die Partei wird dort nicht mehr als auf Augenhöhe agierend wahrgenommen.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_pro](#)